https://mail.gen-ethisches-netzwerk.de/node/351

Gen-ethischer Informationsdienst

Das Blaue vom Himmel

AutorIn
Benno Vogel

Gentech-Industrie und Wissenschaft läuten «eine neue Ära für die Pflanzenbiotechnologie» ein. Kosten soll sie 45 Milliarden Euro. EU-Forschungskommissar Philippe Busquin ist begeistert. Die möglichen Folgen: Steuerzahler blechen, Stellensuchende gehen leer aus, Landwirte werden abhängig und Naturschützer verlieren stillgelegte Flächen. Die Gentech-kritischen Organisationen? Sie bleiben außen vor.

Europa müsse in den nächsten zehn Jahren mehr als 45 Milliarden Euro in die Pflanzengenomforschung und die Pflanzenbiotechnologie investieren. So lautet die Forderung der Industrie-Lobbyorganisation EuropaBio und der Europäischen Organisation für Pflanzenwissenschaften (EPSO) (siehe Kasten 1). Die beiden Organisationen lancierten Anfang Juni gemeinsam die Technologieplattform «Pflanzen für die Zukunft», mit der sie ein langfristiges Forschungsprogramm entwickeln und implementieren wollen. Die Kosten für das Programm wollen sie nicht allein der Industrie überlassen, auch die EU-Kommission soll sich daran beteiligen. Die Forderung trifft auf offene Ohren. EU-Forschungskommissar Philipp Busquin sagte bei der Lancierung: «Ich wünsche der Technologieplattform viel Erfolg. Europa braucht sie».

Vision für 2020

Weshalb die Investitionen notwendig sind? «Wir brauchen einen konzentrierten Zusammenschluss und einen strategischen Plan für diesen Sektor, sonst verlieren wir Stück für Stück unsere ökonomische Wettbewerbsfähigkeit – nicht nur gegenüber den USA und Japan, sondern auch gegenüber den aufkommenden Pflanzengenetik-Riesen wie China und Indien», sagt Chris Lamb, Direktor des John Innes Center in England. Lamb ist einer der Begründer der Technologieplattform und Mitautor der Broschüre «2025 – eine europäische Vision für die Pflanzen-genomforschung und Pflanzenbiotechnologie» (siehe Kasten 2). Die Ziele, die er und seine MitstreiterInnen von EPSO und EuropaBio formulieren, gleichen den bisherigen Zielen der GentechnikerInnen: gesündere, hochwertigere und abwechslungsreichere Nahrung, umweltfreundlichere Landwirtschaft, nachhaltigere Wirtschaft durch die Herstellung von nachwachsenden Rohstoffen, höherer Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln in den Entwicklungsländern und Anpassung der Landwirtschaft an die Folgen der Klimaveränderungen. Neu an der Vision ist, dass EuropaBio und EPSO die einzelnen Ziele unter ein gemeinsames strategisches Ziel stellen: Die europäische Wirtschaft soll mit Hilfe von Pflanzengenomforschung und Gentechnologie schrittweise auf eine «Bioökonomie» umgestellt werden, in der die industrielle Produktion von Waren und Dienstleistungen nicht mehr auf fossilen, sondern auf biologischen Rohstoffen und Energieträgern beruht.

Bioökonomie für das 21. Jahrhundert

«Wir stellen uns einer herausfordernden Aufgabe. Das Handeln nach einer gemeinsamen Vision könnte sich enorm auszahlen: eine wettbewerbsfähige, unabhängige und nachhaltige Bioökonomie für Europa, welche auf die spezifischen Bedürfnisse der europäischen Konsumenten ausgerichtet ist – und dies nicht allein im Hinblick auf Landwirtschaft und Lebensmittel, sondern auch durch vielfältige Anwendungen in anderen Gebieten, wie etwa durch aus Pflanzen gewonnenen Medikamenten, Chemikalien und Energien», schreiben die AutorInnen von EuropaBio und EPSO in ihrer Vision für 2025. Sie knüpfen damit an die Visionen an, die ihre nordamerikanischen KollegInnen Ende der 1990er-Jahre formulierten. «Im 21. Jahrhundert wird die neue Bioökonomie eine erhöhte Sicherheit in den Bereichen Energie, Materialien, Umwelt und Gesundheit bringen. Die Agrarforschung und -entwicklung wird die treibende Kraft für die neue Bioökonomie sein», schreibt der Nationale Rat für Agrarbiotechnologie (NABC) 1998 in einem Bericht. Im selben Jahr veröffentlichen VertreterInnen aus Industrie und Wissenschaft zusammen mit den beiden US-Ministerien für Energie und Landwirtschaft einen technologischen Fahrplan für die Bioökonomie im Jahr 2020. Das darin formulierte Ziel: die Sicherheit der US-amerikanischen Wirtschaft erhöhen. Der Nationale Forschungsrat (NRC) definiert im Jahr 2000 schließlich die ersten Forschungsprioritäten für die Bioökonomie. Eine der US-Forschungsprioritäten ist die Förderung der Pflanzengenomforschung. Sie soll die Wissensbasis liefern, anhand derer Kulturpflanzen an die Bedürfnisse der Bioökonomie angepasst werden können. Das Projekt dazu heißt «Nationale Pflanzengenominitiative» und wird von der US-Regierung finanziert – bis 2008 jährlich mit rund 180 Millionen Euro. Das ist mehr als doppelt soviel, wie die EU für Pflanzengenomforschung ausgibt. EuropaBio und EPSO sehen deshalb die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie in Gefahr. Sie fordern eine privat-öffentliche Co-Finanzierung für ihr geplantes, 45 Milliarden Euro teures Forschungsprogramm.

Busquin ist begeistert

Noch fließen jährlich rund 80 Millionen aus der EU-Kasse in die Pflanzengenomforschung. Ginge es nach den Wünschen von EPSO und EuropaBio, werden es bald sehr viel mehr sein. Die Chancen stehen gut. Anfang des Jahres gab Kommissionspräsident Romano Prodi bekannt, dass die EU-Forschungsmittel verdoppelt werden sollen. Das Ziel ist, die EU zur weltweit dynamischsten und wettbewerbsfähigsten wissensgestützten Wirtschaft zu entwickeln. Als Herzstück dieser Wirtschaft gelten wissenschaftliche Forschung und technologische Entwicklung. Biowissenschaften und Biotechnologie werden zu den Schlüsselfunktionen gezählt, die das Wachstum, die Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigung sichern sollen. Die Bioökonomie? Aus Sicht von Forschungskommissar Busquin ist die Umstellung der europäischen Wirtschaft auf die Bioökonomie «ebenso unabwendbar wie wünschenswert». Busquin ist begeistert von der Technologieplattform «Pflanzen für die Zukunft» und spendet EuropaBio und EPSO 555.000 Euro, damit sie einen Aktionsplan ausarbeiten und der EU-Kommission Empfehlungen für das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm geben können.

Industrie macht EU-Forschungspolitik

Nächstes Jahr entscheidet die EU-Kommission über die Prioritäten für das 7. Forschungsrahmenprogramm, das voraussichtlich zwischen 2006 und 2010 laufen wird. Kommt dabei die privat-öffentliche Zusammenarbeit für die Technologieplattform «Pflanzen für die Zukunft» zustande, könnte die Gentech-Industrie dies als Erfolg verbuchen. Eine Industrie-Branche, die sich selber in ihrer strategischen Ausrichtung und Produktentwicklung kaum von der öffentlichen Politik beeinflussen lässt, hätte die öffentliche Forschungspolitik auf die industrielle Strategie ausgerichtet. Sie könnte dann die 63 Prozent ihrer Gentech-Projekte in Europa wieder aufnehmen, die sie in den letzten Jahren wegen den hohen Entwicklungskosten hierzulande stoppte. Denn mit der public-private partnership werden die Kosten nun niedriger, kommt doch die öffentliche Finanzierung der Forschung in diesem Bereich meist einer de facto Unterstützung der Entwicklungskosten der multinationalen Konzerne gleich. Freuen werden sich auch die GenomforscherInnen der öffentlichen Institute. Sie brachen in den letzten Jahren vor allem wegen der begrenzten finanziellen Unterstützung 27 Prozent ihrer Gentech-Projekte ab. Durch die private-public partnership werden ihnen

wieder mehr Gelder zur Verfügung stehen.

Ohne kritische Organisationen

Ob sich auch die europäische Bevölkerung freuen wird, wenn ihre Steuergelder verstärkt in die Pflanzengenomforschung und -gentechnik fließen? Gefragt hat sie keiner. EPSO und EuropaBio lassen bisher allein die Europäische Verbraucherorganisation BEUC sowie den Ausschuss der berufständischen landwirtschaftlichen Organisationen (COPA) an der Technologieplattform und der Ausarbeitung der Visionen teilnehmen. Damit ist nur ein kleiner Teil der Zivilgesellschaft am Prozess beteiligt. Außen vor bleiben nicht nur die BürgerInnen, sondern auch die Organisationen, die sich seit Jahren kritisch mit der Pflanzengentechnik auseinandersetzen. Wird die EU-Kommission nach Erteilen des ersten Geldes die Teilnahme an der Technologieplattform erweitern? Waldemar Kütt von der Generaldirektion Forschung sagt gegenüber der Zeitung The Scientist: «Die Möglichkeit zur Teilnahme ist offen.»

Verlierer des Wettbewerbs

«Die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Agrar- und Lebensmittelverarbeitungsindustrie wird von der Pflanzengenomforschung, der Biotechnologie und deren smarten Anwendungen abhängen», schreiben die AutorInnen von EPSO und EuropaBio. Sie lassen dabei offen, wer die Gewinner und wer die Verlierer der Wettbewerbsfähigkeit sein werden. Zur Gruppe der letzteren dürften Landwirte, Stellensuchende und der Naturschutz gehören. Laut der EU-Generaldirektion für Landwirtschaft gibt die Rolle der Landwirte im sich schnell ändernden Agrar- und Lebensmittelsektor Anlass zu Sorge. Da die Biotechnologie den Konzentrationsprozess in der Agrar- und Lebensmittelverarbeitungsindustrie erhöht, steigt die Abhängigkeit der Landwirte. Sie drohen zwischen den beiden mehr oder weniger oligopolistischen Industrien zerdrückt zu werden. Sie werden mehr und mehr zu Vertragsanbauern, welche die Arbeit verrichten, dabei aber weder die hergestellten Produkte besitzen noch wichtige Betriebsentscheidungen selbständig treffen. Deprimierend sind auch die Aussichten für den Arbeitsmarkt. Die Pflanzenbiotechnologie dürfte kaum zu neuen Stellen führen. «Die meisten Innovationen der Agrarbiotechnologie werden die Beschäftigung verringern. Dies wird zwar ökonomische Vorteile haben, indem die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit steigen, aber eine Erhöhung der Arbeitsplätze wird keiner der Vorteile sein», schreibt Anthony Arundel vom Maastricht Economic Research Institute, der im Auftrag der EU-Kommission das Beschäftigungspotential der Agrarbiotechnologie untersucht hat. Schlecht sieht es auch für den Naturschutz aus. Das unkritische Vorantreiben der Bioökonomie dürfte nicht nur die landwirtschaftliche Praxis intensivieren, sie dürfte auch zu einem enormen Landbedarf und damit zur Aufhebung der für den Naturschutz wichtigen stillgelegten Flächen führen. Zur Gruppe der Gewinner werden die VertreterInnen von EPSO und EuropaBio gehören. Sie werden maßgeblich mitentscheiden, wie sicher die Lebensmittel bleiben, wie ökologisch die Landwirtschaft wird und wie das Nebeneinander der verschiedenen Anbaumethoden gestaltet wird. Und sie werden entscheiden, wie viele Gentech-Produkte in den Regalen landen, indem sie festlegen, welche Resultate der Pflanzengenomforschung für die gentechnische und welche für die konventionelle Züchtung verwendet werden. In der Technologieplattform «Pflanzen für die Zukunft» fällen sie diese Entscheide ohne demokratische Kontrolle.

Was braucht Europa?

«Europa steht vor einer bedeutenden politischen Entscheidung: entweder akzeptiert es die passive und reaktive Rolle und erträgt die Auswirkungen, dass die Biotechnologie anderswo entwickelt wird. Oder es entwickelt proaktive Strategien, um die Biotechnologie verantwortlich zu nutzen. Je länger Europa zögert, desto unrealistischer wird die zweite Option«, schreibt die EU-Kommission im Jahr 2002. Jetzt legen EPSO und EuropaBio die proaktive Strategie vor. Vielleicht sollte auch die Gentech-kritische Bewegung ihre Position erweitern, und nicht allein reaktiv auf die bereits bestehenden Produkte reagieren, sondern proaktiv in die Forschungspolitik eingreifen. Damit eine Technologieplattform entsteht, zu der auch Landwirte, Stellensuchende und NaturschützerInnen sagen können: «Wir wünschen viel Erfolg. Europa braucht sie.»

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:
GID Ausgabe 165 vom August 2004
Seite 47 - 50